

**Zeitschrift:** Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes  
**Herausgeber:** Schweizerischer Gewerkschaftsbund  
**Band:** 5 (1913)  
**Heft:** 10

**Artikel:** Petroleum  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-350083>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 14.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

neue Gesetz vor, dass politische Zeitungen eine Kautions von 50,000 Kr. zu erlegen haben. Ein Teil der hiesigen Gewerkschaftsblätter galt schon bis jetzt für politisch, sie hatten denn auch eine Kautions von 20,000 Kr., die bis jetzt vorgeschrieben waren, bei der Staatsanwaltschaft hinterlegt. Es besteht nun kein Zweifel, dass die Gerichte sehr bald alle Gewerkschaftsblätter für politisch erklären werden. Was aber dann? Ein grosser Teil der Gewerkschaften kann unmöglich diese Summe aufbringen. Die übrigen Gewerkschaften, die das Geld hinterlegen, werden auch nichts davon haben, denn das Geld wird in steter Gefahr sein, dass es von den — Kapitalisten eingesackt wird. Denn laut dem neuen Gesetz werden die Zeitungen für den materiellen Schaden aufkommen müssen, den sie durch die Verbreitung von Nachrichten verursachen. Wird im Gewerkschaftsblatt über einen Streik berichtet, fordert das Organ die Arbeiter auf, den Zuzug von einer boykottierten Firma fernzuhalten, so wird das Gericht für den Kapitalisten gewiss auf Schadenersatz erkennen — und die Kautions ist futsch! Die Arbeiter sparen sich die Groschen vom Munde ab, sie zahlen ihre Gewerkschaftsbeiträge, um ihre Lage mit deren Hilfe zu verbessern, sie treten in den Streik und legen sich damit die grössten persönlichen Opfer auf. Und das Ergebnis: die Kapitalisten werden aus ihren Geldern entschädigt! Wahrlich, heimtückischer ist noch keine Regierung gegen die Arbeiter verfahren, wie es jetzt die ungarische Regierung tut.

Neben dem Landstreicher- und Pressgesetz, deren schlimmste Bestimmungen wir gestreift, aber noch lange nicht ausführlich behandelt haben, von den Hunderten einzelnen Bestimmungen dieser Gesetze ganz zu schweigen, die alle samt und sonders als eine gefährliche Waffe gegen die Gewerkschaften verwendet werden können, geht nun die Regierung auch auf dem Verwaltungsweg vor. In diesen Tagen erst wurde vom Minister des Innern ein Erlass veröffentlicht, wonach die Versammlungsfreiheit der Willkür der Behörden ausgeliefert wird, die nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht haben, Zusammenkünfte zu verhindern, die für die öffentliche „Ordnung“, für das „friedliche Zusammenleben“ der einzelnen Bevölkerungsklassen eine Gefahr bedeuten könnten. Unserer Polizei und auf dem Lande den berüchtigten Stuhlrichtern ist es überlassen, zu beurteilen, welche Streik- oder Gewerkschaftsversammlung eine Gefahr für die öffentliche Ordnung und das friedliche Zusammenleben der Klassen bedeutet. Das genügt!

Es ist wahrlich keine Uebertreibung, wenn wir einleitend behaupten, dass sich unsere Gewerkschaften jetzt in einer äusserst schweren Lage befinden, denn die Gewalthaber legen wirklich die Axt an die Wurzel der Gewerkschaftsbewegung.



## Petroleum.

Grosses Aufsehen hat vor ein paar Wochen das Urteil erregt, das in Amerika der höchste Gerichtshof der Vereinigten Staaten gegen den riesigen Petroleumtrust, die *Standard Oil Company*, gefällt hat. Der Trust soll sich binnen sechs Monaten auflösen, weil er gegen das Gesetz verstösst, das in Amerika die Freiheit des Handels sicherzustellen bestimmt ist. — Die *Standard Oil Co.* ist der grösste Trust, den es bisher gibt. Und da gegen diese kolossalen Gebilde eines modernen Ueberkapitalismus in den weitesten Kreisen Missstimmung und Feindschaft herrscht, so hat das Urteil im ersten Augenblick weit und breit ein Gefühl der Befriedigung ausgelöst. Liegen ja doch die Schäden klar auf der Hand, die durch diese unheimlichen Kapitalzusammenballungen verursacht werden. Da ist zuerst die

*Bereicherung einzelner Kapitalisten*, wobei es sich um Summen handelt, die schon ans Märchenhafte grenzen. Nach einer Berechnung, die vor etwa Jahresfrist in den «Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik» aufgemacht wurde, zieht die *Standard Oil Co.* allein aus Deutschland alljährlich einen Reingewinn von 40 bis 45 Millionen Mark. Ihr Absatzgebiet ist aber nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt, und so ist es erklärlich, dass zum Beispiel für das Jahr 1907 der gesamte Reingewinn der *Standard Oil Co.* auf 350 Millionen Mark angegeben worden ist. In diese gigantischen Summen teilen sich aber nur ganz wenige Personen. Der Hauptanteil fliesst in die Taschen des vielgenannten Herrn Rockefeller, der ausserdem noch an anderen Unternehmungen, so zum Beispiel am amerikanischen Stahltrust, an Eisenbahnen usw. beteiligt ist, und dessen Einnahmen daher die «Kölnische Volkszeitung» schon für das eine Jahr 1906 auf mehr als 240 Millionen Mark berechnet hat, was *pro Tag* das niedliche Stümmchen von 660,000 Mark ausmacht.

Diese unheimliche Bereicherung einzelner wird zum Teil durch *Ausraubung der Konsumenten* vermittelt hoher Preise erzielt. Zwar beruft sich Herr Rockefeller darauf, dass er trotz seiner Monopolstellung die Petroleumpreise nicht gesteigert habe, und das ist auch richtig. Raffiniertes amerikanisches Petroleum kostete (unverzollt) in Bremen 1881 15 Mark 80 pro 100 Kilo, 1891 12 Mark 60, 1900 14 Mark 80, 1905 in Hamburg 12 Mark 70. Es ist also nicht teurer geworden. Aber einerseits hätte es infolge der technischen Fortschritte der Produktion billiger werden müssen, was der Trust verhindert hat; andererseits muss es mit der Konkurrenz von Gas und elektrischem Licht rechnen. Es steht also zweifellos infolge der monopolähnlichen Macht des Herrn Rockefeller viel zu hoch im Preise.

Die dritte, in der Öffentlichkeit am übelsten vermerkte Eigenschaft der Trusts ist die *grosse Macht*, die der durch sie erworbene Reichtum seinen Besitzern verleiht, eine Macht, die sich längst der Staatsmacht ebenbürtig an die Seite gestellt, oft ihr überlegen gezeigt hat. Ein durchschlagendes Beispiel liefert gleich die Geschichte des Prozesses gegen die *Standard Oil Co.* Dieser Prozess ist vom früheren Präsidenten Roosevelt bereits im Jahre 1906 in die Wege geleitet worden. Nicht weniger als fünf volle Jahre hat ihn die *Standard Oil Co.* zu verschleppen vermocht. Auch sonst pfeifen es in Amerika die Spatzen von den Dächern, dass es die grossen Kapitalherren, die «Trustkönige» sind, nach denen sich dort die öffentliche Gewalt richten muss.

Das also sind die unangenehmen Eigenschaften, durch die sich die Trusts in aller Welt verhasst gemacht haben und weswegen man sich allenthalben über das Urteil freute, das die Auflösung der *Standard Oil* dekretiert.

Jedoch die Freude hat nicht lange gedauert, wohl kaum 24 Stunden. Dann trat an ihre Stelle die feste Ueberzeugung, dass das Urteil nur ein Schlag ins Wasser ist, dass die *Standard Oil* höchstens ihre Form, ihre Organisation ändern, aber keinesfalls sich auflösen werde. Man hat eben allgemein das Gefühl, dass der Trust, selbst wenn der Angriff der Staatsgewalt ernst gemeint sein sollte, sich als der mächtigere Teil erweisen werde. Und bezeichnenderweise dringt gerade zur selben Zeit die Nachricht in die Öffentlichkeit, dass der einzige namhafte Konkurrent, den die *Standard Oil* in Amerika hat, die *Pure Oil Company*, im Begriffe steht, sich ebenfalls mit ihr zu vereinigen. Bisher hat die *Standard Oil* etwa 90 Prozent der gesamten amerikanischen Petroleumproduktion in Händen gehabt, die *Pure Oil* den Rest (neben einigen kleinen Produzenten, die nicht ins Gewicht fallen). Jetzt heisst es, dass die

beiden Gesellschaften ein Abkommen über gemeinschaftliche Ausbeutung der westlichen Petroleumfelder treffen wollen, und dass überdies die Standard Oil ihrer Konkurrentin das ganze europäische Geschäft abkaufen soll, nicht nur das ganze europäische Lager der Pure Oil, sondern auch deren ganze Dampferflotte. Ausserdem verpflichtet sich die Pure Oil, während der nächsten zehn Jahre ihre Produktion nicht weiter zu erhöhen, wogegen die Standard Oil ihr für die gleiche Zeit 800,000 Barrel Exportöl abnimmt. Auch für den amerikanischen Markt ist ein ähnliches Abkommen getroffen. Das sieht nicht danach aus, als ob die Standard Oil wirklich in sechs Monaten sich aufzulösen gedenkt, sondern ist offenbar nur das Vorspiel einer vollständigen Verschmelzung, d. h. entsprechenden Vergrößerung der Standard Oil.

Zu dem Glauben an die überlegene Macht des Petroleumtrustes kommt aber in den weitesten Kreisen noch das instinktive Gefühl, dass die Staatsmacht hier wirklich etwas Unmögliches, etwas Rückschrittliches verlangt; dass sie etwa so vorgeht, wie der Bär in der Fabel, der seinem Herrn eine Fliege von der Nase verschleichen will und zu diesem Zweck mit einem Stein den Schädel zertrümmert. Mit anderen Worten: man hat das Gefühl, dass durch Auflösung des Trustes neben dem erwarteten Nutzen doch auch ein ganz gewaltiger Schaden entstehen würde. — Um zu prüfen, was etwa Richtiges an diesem Gefühl sein möge, wollen wir einen kurzen Blick auf die Gesamtlage der Petroleumindustrie werfen.

Obgleich seit dem Altertum bekannt, gewann das Petroleum doch erst seit etwa 50 Jahren eine grössere wirtschaftliche Bedeutung, weil erst 1859 die reichen amerikanischen Quellen entdeckt und gleichzeitig geeignete Methoden gefunden wurden, um aus dem rohen Erdöl gutes Leuchtpetroleum zu machen. Erst vom Ende der 60er Jahre an nahm die Produktion einen grösseren Aufschwung. Noch 1870 wurden auf der ganzen Erde nur 837,000 Tonnen Petroleum gewonnen; schon 1875 waren es 1,936,000 Tonnen, 1880 4,307,000 Tonnen, 1890 12 Millionen Tonnen, 1900 über 20 Millionen, 1905 fast 28 Millionen Tonnen. Hieran haben die Vereinigten Staaten von Nordamerika stets den grössten Anteil gehabt. Sie lieferten rund:

1870	747,000 Tonnen,	1890	6,500,000 Tonnen,
1880	3,732,000 Tonnen,	1900	8,300,000 Tonnen,
	1905	über 17 Millionen Tonnen.	

Nächst Amerika kommt als grosses Produktionsgebiet noch *Russland* in Betracht, wo Petroleum von der Krim an über den Kaukasus weg bis zum Kaspischen Meer gefunden wird. Immerhin steht es weit hinter Amerika zurück. Es lieferte:

1870	28,700 Tonnen,	1890	3,986,000 Tonnen,
1880	358,300 Tonnen,	1900	9,850,000 Tonnen,
	1905	7,434,000 Tonnen.	

Ebenso wie in Amerika wurde auch in Russland die Produktion wie der Handel ziemlich schnell in den Händen einiger sehr grossen Firmen (Rothschild, Nobel) konzentriert, die es sich — um den Selbstkostenpreis zu verbilligen — angelegen sein liessen, die Technik der Petroleumgewinnung auf eine möglichst hohe Stufe zu bringen. So hat man zum Beispiel in Amerika die Raffinerien zumeist in der Nähe der Verschiffungshäfen am Atlantischen Ozean angelegt, und dorthin lässt man das Oel von den Quellen aus direkt in meilenlangen Rohrleitungen fliessen.

Neben diesen beiden Ländern begannen erst neuerdings die Quellen in *Galizien* und *Rumänien* grössere Quantitäten zu liefern. (In geringerem Masse findet man Petroleum an sehr vielen Stellen der Erde, auch in Deutschland.) In Galizien liess man zuerst die *freie Konkurrenz* walten. Damit hat man aber sehr trübe

Erfahrungen gemacht. Im Mai 1909 schrieb zum Beispiel das «Berliner Tageblatt» über die galizischen Zustände: «Durch einen planlosen wilden Raubbau ist die Rohölproduktion weit über das erzielbare Absatzquantum gestiegen, und die Folge war ein Preissturz von etwa 5 Kronen pro Doppelzentner Rohöl bis auf etwa 90 Heller; dieser Preis vermag nur die Selbstkosten jener Schächte zu decken, die durch ungeheure Ergiebigkeit sich auszeichnen.» Damals versuchte die amerikanische Standard Oil, durch Hergabe von Geld die galizische Petroleumproduktion in ihre Hände zu bringen. Um aber diese Verstärkung des amerikanischen Monopols abzuwenden, hat der österreichische Staat eingegriffen und sehr grosse Opfer gebracht, natürlich auf Kosten der Steuerzahler.

Ganz anders lagen die Dinge von vornherein in *Rumänien*. Hier wurde ausdrücklich zu dem Zweck, den Amerikanern und Russen Konkurrenz zu machen, 1898 von der *Deutschen Bank* in Gemeinschaft mit einer Wiener Bank die sog. *Steana Romana* gegründet, die die Produktion von Petroleum in die Hand nahm, und für den einheitlichen Vertrieb wurden alsbald eine Reihe von Aktiengesellschaften in Deutschland, England, Dänemark, Holland und der Schweiz ins Leben gerufen. Es wurden so in Rumänien schon 1902 320,000 Tonnen Petroleum gewonnen. Die Produktion wuchs 1907 auf 1,129,000 Tonnen, 1908 auf 1,148,000 Tonnen, 1910 auf 1,352,000 Tonnen. Aber zu einem Konkurrenzkampf gegen die Standard Oil ist es trotzdem nicht gekommen. Die Deutsche Bank fand es vorteilhafter, zuerst mit den russischen und englischen Interessenten eine Verständigung zu suchen, und es kam 1906 zur Gründung der *Europäischen Petroleum-Union*, G. m. b. H., die nunmehr das rumänische und russische Petroleum in allen Ländern Europas planmässig vertreibt. Und dann, 1907, verständigte man sich auch mit der amerikanischen Standard Oil, indem man die deutsche Verkaufsgesellschaft ihrer Leitung unterstellte. — Gerade in dem Augenblick aber, wo wir dies schreiben, läuft die Nachricht durch die Presse, dass auch die gesamte *deutsche* Petroleumproduktion (die immerhin 50 bis 100,000 Tonnen pro Jahr ausmacht) im Begriffe steht, zunächst in einer Hand, der deutschen Tiefbohrergesellschaft, vereinigt und dann an den rumänisch-russisch-amerikanischen Konzern angeschlossen zu werden. So erleben wir das Beispiel, wie die Versorgung des Konsums mit einem wichtigen Bedarfsartikel immer mehr der *einheitlichen* Regelung über die ganze Erde entgegengeht. Niemand wird sich der Erkenntnis verschliessen, dass dies im Prinzip eine *gesunde* Entwicklung ist, denn je umfassender die Organisation, desto vorteilhafter kann sie arbeiten, desto mehr unnütze Zwischenkosten ersparen, desto zuverlässiger alle Teile der Welt versorgen. Aber freilich lassen sich ebensowenig die schweren Schäden leugnen, die wir am Anfang aufgezehlt haben. Der kapitalistische Staat — immer vorausgesetzt, dass sein Angriff überhaupt ernst gemeint ist — weiss dagegen kein anderes Mittel als die Auflösung des Trusts, die Rückkehr zur freien Konkurrenz. Aber lehrt nicht das galizische Beispiel, dass damit mindestens ebenso schwere Schäden verbunden sind? Sollte es kein Mittel geben, das den Vorteil der Konzentration wahrt und ihre Schäden vermeidet? — Allerdings gibt es ein solches Mittel: es heisst *Enteignung*. Sobald die ungeheuren Mittel des Welt-Petroleum-Trusts, der im Entstehen begriffen ist, nicht mehr einem beliebigen Herrn Rockefeller gehören, sondern der Gesamtheit, können sie nur zur planmässigen Versorgung aller Menschen mit Petroleum dienen, aber nicht mehr zur Bereicherung einzelner.